

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 41

Köln, den 9. Oktober 1931

32. Jahrg.

Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften.

„Dolk in Not“ ist der Leitgedanke der „Sechsten Deutschen Verbraucherwoche“, die vom 4. bis 11. Oktober d. J. stattfindet.

Die Konsumgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Köln, rufen zur genossenschaftlichen Selbsthilfe auf: Für Preisregulierung, gegen Preiszwang; für Bedarfsdeckung, gegen Bedarfsweckung; für Barzahlung, gegen Kreditwirtschaft; für Rückvergütung, gegen Dividendenprofit; für nationales Sozialkapital, gegen internationales Privatkapital.

An die Spitze des heutigen Themas stellen wir eine Zuschrift des Münchener Professors Adolf Weber, die an die Münchener Konsumgenossenschaft gelegentlich deren Jubelfeier gerichtet war:

„Wenn man die gewaltige geistige Arbeit überblickt, die seit Menschenaltern aufgewandt worden ist, um die soziale Frage zu meistern, und damit den Erfolg, und sei es auch nur der theoretische Erfolg, vergleicht, könnte man fast verzweifeln an den Möglichkeiten menschlicher Einsicht. Die alten Probleme stehen überall ungelöst vor uns. Höchstens hat sich der Inhalt etwas verschoben. Plötzlich werden wir gewahr, daß Probleme, die wir längst glaubten gelöst zu haben, neue ungelöste Schwierigkeiten in sich bergen. Die soziale Versicherung z. B., die seit Jahrzehnten unser großer Stolz ist, wird neuerdings mit Argumenten auf Grund von Erfahrungstatsachen angegriffen, die man nicht lediglich als Torheit und Böswilligkeit bezeichnen darf. Ruhig und sicher hat sich in diesem Chaos der Meinungen die große Genossenschaftsbewegung entfaltet. Selbsthilfe, Gemeinschaftsgeist, Gemeinshaftswille, das sind die drei großen starken Pfeiler, auf denen sicher der stolze Bau der Genossenschaften aufgebaut ist. Die glänzende Vergangenheit verbürgt eine noch glänzendere Zukunft. . . . Wenn, allen Schwierigkeiten zum Trotz, Beamte, Angehörige der freien Berufe, Arbeiter, Angestellte, Handwerker einträchtig zusammenhalten, um die materielle Lage nicht mit Hilfe von Theorien und parteipolitischen Phrasen, sondern durch die praktische Tat zu verbessern, so begründet das die sichere Hoffnung, daß es uns nicht bange zu sein braucht um die Zukunft unseres Volkes, solange echter Genossenschaftsgeist in immer weitere Kreise eindringt.“

Selbsthilfe, Gemeinschaftsgeist, Gemeinshaftswille sind die Fundamente, die der Gewerkschafts- und Verbraucherbewegung gemeinsam sind.

Notzeiten wirtschaftlicher und seelischer Art waren die Geburtsstunden unserer heutigen Gewerkschaften. Nicht Wohlleben, Überfluß und gute Tage gab jenen beherzten Männern der achtziger und neunziger Jahre den Gedanken ein, Selbsthilfeorganisationen zu schaffen. Nein, es war die bitterste Not, die zum Zusammenschluß führte. Wer wollte heute noch leugnen, daß die Gewerkschaften notwendig, ja notwendiger denn je sind? — Wer wollte ihre segensreiche Arbeit, die

sie bis auf den heutigen Tag vollbringen, nicht anerkennen? — Wer wollte nicht einsehen, wie bedeutungsvoll die Arbeit der christlichen Gewerkschaften für Dolk und Vaterland geworden ist? — Sie haben eine ungeheure Arbeit geleistet und Großes geschaffen. Für Millionen von Menschen sind sie zum Segen geworden.

Aber sie konnten es nicht allein schaffen. Sie hatten Bundesgenossen, darunter die Konsumgenossenschaften. In all den schweren Jahren bis auf den heutigen Tag haben Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften zusammengestanden. Sehr bald erkannte man auf gewerkschaftlicher Seite, daß auch die beste Lohnerhöhung dem Schaffenden nichts hilft, wenn überhöhte Preise für die notwendigen Bedarfsartikel diese Lohneraufsetzung wieder illusorisch machen, wenn durch ein übergesetztes Händlerturn auch der beste Lohn den Mitgliedern wieder genommen wurde. Deshalb nahm man den neuen Bundesgenossen, die Konsumgenossenschaft, gerne auf, förberte ihn, schloß enge Kampfgenossenschaft mit ihm, die Geltung hat bis auf den heutigen Tag. Mit Recht! Denn der Kampf ist nicht leichter geworden. Schwerer denn je ringen die Schaffenden um ihre Existenz.

Immer kleiner wird der Lohn, immer niedriger die Unterstützung, immer schmaler die Rente. Es will kaum noch zum Notwendigen reichen. Auf der anderen Seite aber sehen wir, wie ein in den letzten Jahren immer zahlreicher gewordenes Händlerturn nur schwer zu bewegen ist, die Preise den veränderten Verhältnissen anzupassen. Gewaltig ist die Zahl der Geschäfte und Händler gestiegen. Alle wollen verdienen, gut verdienen. Dabei sind sie nicht wählerisch in der Auswahl ihrer Mittel. Erinnert sei nur an die Markenartikel, nicht mehr Angebot und Nachfrage regeln hier den Preis, sondern das Syndikat, der Markenschutzverband.

Durch Großeinkauf und Eigenproduktion sind die Konsumgenossenschaften in der Lage, billig zu verkaufen. Sie üben dadurch einen Druck auf die Preise aus. Gewiß, auch die Preise der Konsumgenossenschaft müßten eigentlich noch niedriger sein, gemessen an

den niedrigen Löhnen und Unterstützungen. Das wäre auch möglich, wenn — — — ja, wenn alle Gewerkschaftler Mitglied in der Konsumgenossenschaft wären. Doch wie viele stehen noch abseits, teils aus Unkenntnis, teils aus Gleichgültigkeit? Wäre es anders, so würde auch der Einfluß der Konsumgenossenschaften ein weitaus größerer sein.

Doch auch heute schon sind die Konsumgenossenschaften Preisregulatoren im stärksten Sinne. Wenn sie es nicht wären, dann könnte man sich den Kampf des privaten Handels und seiner Organisationen gegen die Konsumgenossenschaft nicht erklären. Mancher Ort kann von hohen Preisen in den Privatgeschäften erzählen, ehe die Konsumgenossenschaft ihren Laden dort aufmachte.

Doch noch andere, nicht minder wichtige Gründe gibt es für den Gewerkschaftler, die Konsumgenossenschaften zu unterstützen. Diese Tausende finden Beschäftigung in



den Betrieben der Konsumgenossenschaften. Ihre Zahl könnte noch bedeutend größer sein. Durch eigene Produktionsbetriebe, eigene Sparkassen bekommen wir mehr und mehr Einblick und Einfluß in das Wirtschaftsleben. Durch vernünftige Bedarfsgüter, gute Qualitäten, Barzahlungsprinzip und Rückvergütung wirken die Konsumgenossenschaften erzieherisch und segensreich für unsere Familien. Daneben wird der Blick geweitet für Wirtschaftsfragen und ihre Zusammenhänge.

Alles das sind Dinge, die der Gewerkschaftler nicht nur beachten und schätzen, sondern auch fördern muß. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten zwischen Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften muß für den organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten daher eine Selbstverständlichkeit sein. Konsumgenossenschaften ohne Gewerkschaften oder umgekehrt sind heute nicht mehr denkbar. Stärkste Förderung beider Einrichtungen muß das Ziel aller Verbraucher sein.

Die in der Zeit vom 4. bis 11. Oktober d. J. stattfindende Verbraucherwoche des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V., Köln, unter dem Motto: „Volk in Not“ gibt jedem rechten Gewerkschaftler dazu eine besondere Möglichkeit. Rosik, Dortmund.

Macht oder Ohnmacht der Verbraucher.

Kann man es den Hausfrauen verdenken, daß sie gelegentlich aufbegehren, wenn der Vertrauensmann der Gewerkschaften kommt, um den Mitgliederbeitrag des Mannes, des Sohnes, zu holen?

Soll man sich darüber ärgern, daß so viele tausend Gewerkschaftsfrauen das Geld des Mannes, das er in schwerem Kampf dem Kapitalisten buchstäblich abringen mußte, wieder in die kapitalistischen Läden tragen, die wir in der verschiedensten Form heute kennen?

Nein, gewiß nicht! Unsere Frauen können nicht immer das Ringen der Männer verstehen, können nicht immer begreifen, daß sie als Hausfrauen und Mütter heute mitten hineingestellt sind in diesen Kampf um das Recht des Arbeitnehmers, um das Recht der Familie. Wenn wir eines fertigbrächten: bei allen Frauen das Verständnis für die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Arbeit wachzurufen, wenn alle Frauen sich aus grundsätzlicher Überzeugung zur Gewerkschaft und Genossenschaft bekennen würden, dann hätten wir viel erreicht.

So versuchen wir denn, der Hausfrau klarzumachen, daß die gewerkschaftliche Arbeit der Männer fast zwecklos ist, wenn diese Arbeit nicht gekrönt wird durch die Tat der Hausfrauen. In Tausenden von Demonstrationen hat die Hausfrau hören können: „Du, Frau, tußt Sklavendienste für den Kapitalismus, für die Großwarenhäuser, für die Einheitspreisgeschäfte. Du bist nicht mehr selbständig, mußt den Preis bezahlen, den die Fabrikanten dir vorschreiben, hast keine Möglichkeit, die Qualitäten mitzubestimmen, kurzum: Du, Hausfrau, bist Sklave des Großkapitals geworden.“

Diese Notsschreie waren nicht ganz falsch. In der Tat hat das kapitalistische Profitssystem nicht halt gemacht an den Türen der Familien. Mann und Frau und Kinder, alle stehen sie, ohne daß sie es wissen, mehr oder weniger stark im Dienste des Großkapitals. Insofern haben also die Demonstrationen, die wir tagtäglich erleben, ihr Gutes. Wenn es aber nur bei diesen Demonstrationen bleibt, ist nichts erreicht. Die Hausfrauen müssen mit den Männern gemeinschaftlich Waffen schmieden. Waffe für die arbeitnehmenden Volksschichten aber ist der Besitz. Ein wehrloser, schwacher Mensch kann noch so viel gegen das Unrecht protestieren, man nimmt ihn nicht ernst, weil er ja machtlos ist. Anders ist der Starke. Sein Wort gilt etwas, weil er ihm Nachdruck verleihen kann durch seine Stärke.

Das ist das Grundsätzliche bei der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeit. Von diesen grundsätzlichen Bedingungen sind wir bei unserer Arbeit ausgegangen. Wir stellten eine ganz einfache Rechnung auf: Wenn alle Arbeitnehmer jahraus, jahrein, regelmäßig ihren Bedarf im eigenen Laden decken, werden wir in absehbarer Zeit zu einem gemeinschaftlichen Besitz kommen, werden wir Werte haben: Fabriken, Maschinen, Autos, Läger, Läden usw. Je mehr die Hausfrau im eigenen Laden einkauft, um so mehr Besitz trägt sie in kleinen Pfennigbeträgen zusammen; um so schneller und mächtiger aber wird dieser gemeinschaftliche Besitz vergrößert. Dieser gemeinschaftliche Besitz ist das Letzte und Wichtigste allen genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Zielstrebens. Haben wir viel Besitz, sind wir stark gewappnet. Verzetteln wir unsere Einzelkraft dadurch, daß wir die Erfolge der Gewerkschaftsarbeit, den Lohn, dem Kapitalismus zurückgeben, unser Geld also in die vielen Betriebe der Kapitalisten bringen, so schwinden unsere Waffen in unserer Hand, wir werden wehrlos und machtlos, und alle Rufe nach Recht verhallen wirkungslos.

Diese einfache Rechnung geht auf. Sie stimmt aufs Haar genau. Fünfundzwanzig Jahre hindurch haben die Verbraucher mit Pfennigbeträgen die deutsche Konsumvereinsbewegung, insbesondere die Genossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, aufgebaut. Was wir heute besitzen, ist im wahren Sinne des Wortes mit Pfennigbeträgen zusammengetragen worden. Nur dadurch, daß die Umsätze gesteigert wurden, konnte die Genossenschaftsbewegung die Aufgabe erfüllen, die ihnen als wichtigste zugeschrieben ist, nämlich: die Schaffung von Mitbesitz in der Wirtschaft.

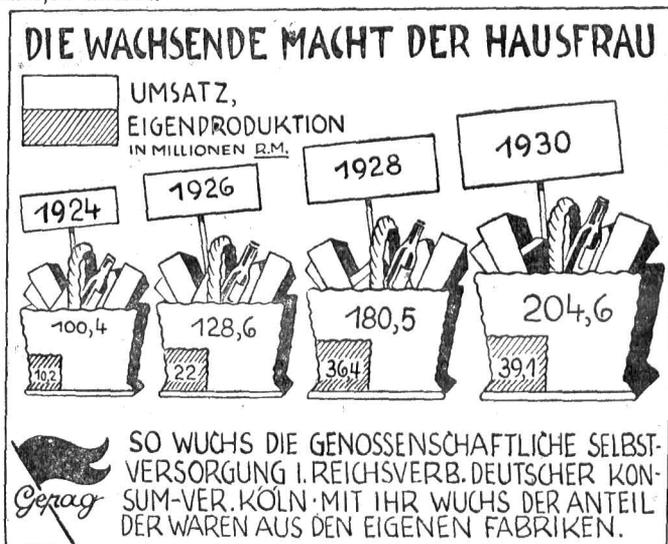
Wie der Umsatz der Genossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine stieg, ersieht man aus nachfolgender Tabelle.

1924	100,4	Millionen Reichsmark.
1926	128,6	" "
1928	180,5	" "
1930	204,6	" "

Dadurch, daß die Umsätze stiegen, war es möglich, auch die Produktion der Waren selbst zu beginnen. So konnten wir im Laufe der Zeit eine Fabrik nach der anderen errichten, die alle zusammen Eigentum der „Gepag“ sind, das ist die Großeinkaufs- und Produktions-Aktiengesellschaft deutscher Konsumvereine, die wir am besten als den „Konsumverein der Konsumvereine“ bezeichnen können.

Auch bei der Errichtung der Fabriken sind die Genossenschaften nur von dem Gedanken geleitet gewesen, daß jede Fabrik, die Eigentum der Mitglieder ist, einen Schritt weiter bedeutet zur Verwirklichung des Zieles: die Freiheit und Selbständigkeit der arbeitnehmenden Volksschichten sicherzustellen. In unserem Eigentum sind wir die Herren, d. h. die Mitglieder haben Einfluß auf die Preisgestaltung der Ware, sie können die Qualität der Ware bestimmen, sie haben die Möglichkeit, bei der Einstellung von Arbeitskräften mitbestimmend zu wirken. Eine Hauptforderung der Gewerkschaften konnten wir erfüllen: in unseren eigenen Fabriken vorbildliche Arbeitsbedingungen in bezug auf die Bezahlung sowohl als auch die Arbeitsweise zu schaffen.

Daß wir bei der Errichtung unserer Fabriken richtig rechneten und den Mitgliedern materielle Vorteile brachten, soll nachstehend bewiesen werden.



Die Summe der in Fabriken der „Gepag“ sowie in den Eigenbetrieben der Genossenschaften hergestellten Waren belief sich:

1924	auf 10,2 Millionen Reichsmark.
1926	" 22 "
1928	" 36,4 "
1930	" 39,1 "

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie beweisen, daß die Konsumgenossenschaften durch die Errichtung der eigenen Fabriken auf dem rechten Wege sind. Je mehr eigene Fabriken, desto größere Freiheit und Selbständigkeit.

Wenn wir deswegen diese Ausführungen mit der Mahnung schließen: „Schafft eigenen Besitz den bisher besitzlosen Volksschichten“, so muß die selbstverständliche Wirkung dieser Forderung sein, daß auch der letzte Arbeitnehmer sich seiner Macht als Verbraucher bewußt wird, und seinen Bedarf grundsätzlich nur in den Läden der Genossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine deckt.

Werthenbach, Essen.

Die Konsumgenossenschaft als nationale Wirtschaftsform.

Daß die Engländer und Franzosen in der Kriegszeit die Konsumgenossenschaften mit großem Erfolge in ihren Dienst stellten, ist den Deutschen wenig bekannt. Besonders in Großbritannien ist die dort hochentwickelte Konsumgenossenschaftsbewegung dem britischen Volke in der großen Notzeit des Krieges zugute gekommen. In Deutschland hat man vor dem Kriege die Konsumgenossenschaften möglichst niedergehalten. Die Hilfe, die die Konsumgenossenschaften dem deutschen Volke im Kriege angeeignet ließen, hätte viel größer sein können, wenn man sie in ihrer Entwicklung nicht gehemmt hätte.

Die Konsumgenossenschaften haben nicht nur wirtschaftliche, soziale und sittliche Bedeutung, sondern sie sind auch von großer nationaler Bedeutung. „Die Konsumgenossenschaft ist national aus Wesensgründen. Sie verfolgt keinerlei Interessen, die Volk, Staat oder Nation zuwiderlaufen“, heißt es in einer Entschliessung, die der Reichsverband deutscher Konsumvereine kürzlich auf seiner Tagung in Hannover angenommen hat.

Daß der Kapitalismus nicht national eingestellt ist, haben wir leider wieder in den letzten Monaten gesehen, als das Privatkapital mit einer ganzen Milliarde ins Ausland flüchtete. In der Zeit der Not ist das nicht anders zu beurteilen als wie Fahnenflucht in Kriegszeit. Das Kapital der Konsumgenossenschaften ist viel zu sehr mit dem Volke verbunden, als daß es jemals die Flucht ergreifen würde. Der Kapitalismus ist vaterlandslos, das Genossenschaftswesen ist vaterlandstreu.

Die nationale Wesensart der Konsumgenossenschaft erkennen wir auch an der starken Tendenz der Konsumgenossenschaften, deutsche Ware der ausländischen vorzuziehen. Noch ist nicht überall in den Konsumgenossenschaften die inländische Ware eingeführt. Der gute Wille, in erster Linie inländische Ware zu führen, ist aber bei allen Konsumgenossenschaften vorhanden. An der deutschen Landwirtschaft liegt es, daß dieser Wille noch weit mehr als bisher in die Praxis umgesetzt wird. Die Konsumgenossenschaften wollen Helfer des nationalen Bauerntums sein und suchen es im Interesse des Landes zu erhalten.

Die Konsumgenossenschaft ist aber auch in anderer Beziehung national von großem Wert. Sie gibt den wirtschaftlich Entwurzelten unseres Volkes durch Mitbesitz und Mitbestimmung den Platz, der ihnen als Glieder der Volksgemeinschaft zusteht. Durch die Konsumgenossenschaft ist der Arbeiter weit mehr noch als früher am Wohlergehen der deutschen Volkswirtschaft interessiert. Auch bringt sie ihn durch den Mitbesitz aus der Gegensätzlichkeit zu den übrigen Volksschichten heraus und verbindet ihn mit dem Gesamtvolke und dem Staate.

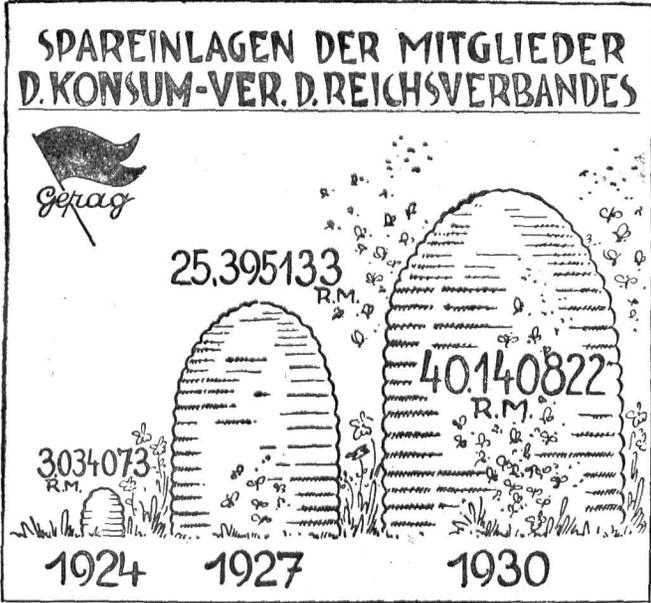
Von großer nationaler Bedeutung ist auch die Ehrlichkeit der Konsumgenossenschaften gegenüber dem Staate. Wir erleben in der letzten Zeit wieder häufig die Forderung einer größeren Publizität der Aktienunternehmen. Die Konsumgenossenschaften und ihre Zentralen haben diese Publizität von jeher gezeigt. Es genügt ihre Geschäftsberichte zu lesen, um sich von dieser Tatsache zu überzeugen. Wenn man sie fragt, weshalb sie alles offen legen, bekommt man die Antwort, daß sie nichts zu verheimlichen hätten. Wenn das wirklich so ist, dann haben wir es in den Konsumgenossenschaften mit einer Wirtschaftsform zu tun, von der wir nur wünschen können, daß sie in Deutschland weit stärker verbreitet würde als bisher.

Bekanntlich stellt man im deutschen Volksleben seit Jahren mit Recht die Forderung, die hohen Gehälter und Pensionen abzubauen, ohne daß praktisch auf dem Gebiet bisher viel geschehen ist. Von den Konsumgenossenschaften läßt sich sagen, daß es sowohl in Deutschland wie auf der ganzen Erde keine Konsumgenossenschaft und kein konsumgenossenschaftliches Zentralunternehmen gibt, das als Spitzengehälter auch nur ein Zehntel der Spitzengehälter der Privatwirtschaft zählt, obwohl es sich bei den Konsumgenossenschaften um dieselben großen Millionen- und Milliardenumsätze handelt wie in der Privatwirtschaft. Man muß den Konsumgenossenschaften lassen, daß sie sich von jeher auf Bahnen bewegt haben, die heute das Wohl unseres Staates und unseres Volkes gebieterisch verlangt.

Robert Schloesser.

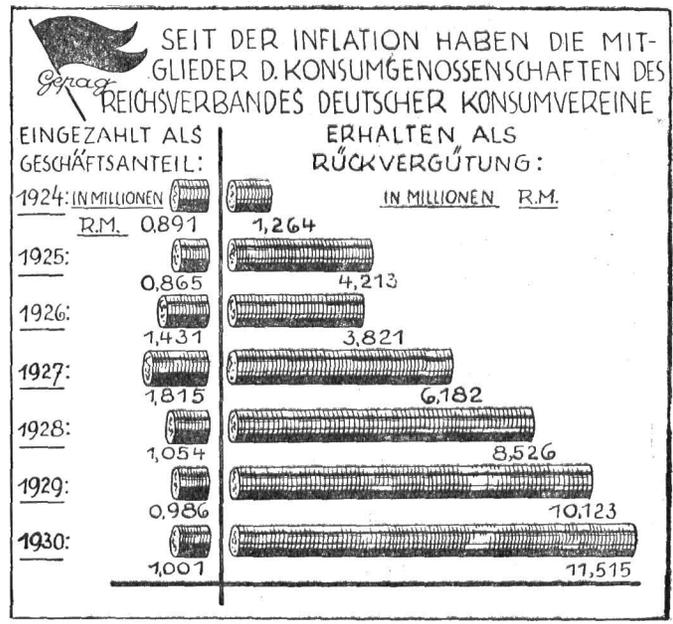
Sparkraft und Kaufkraft gehören zusammen.

„Nicht die Produktion aus sich heraus, weder die unorganisierte (freie Konkurrenzwirtschaft) noch die organisierte (Kartell- und Konzern-Kapitalismus) vermag die Wirtschaft sinnvoll zu gestalten; das vermag in wirklich wirksamer Weise und ausreichendem Maße nur der Verbraucher, allerdings im allgemeinen und



schluß zur Großmacht neben und über der Produzentengroßmacht erstarkte Verbraucher.“

So schreibt unter anderem der bekannte und weithin anerkannte Wissenschaftler, Professor Dr. Oswald von Nell-Breuning, S. J. in seiner Schrift: „Sinnvoll geleitete Wirtschaft“¹.



Die Konsumgenossenschaften befinden sich also hier in durchaus guter Gesellschaft. Auch sie vertreten immer wieder die Meinung, daß der kapitalistischen Wirtschaft nicht beizukommen ist durch irgendwelche gesetzgeberischen oder sonstigen Maßnahmen, sondern

¹ Wirtschafts- und sozialpolitische Flugblätter Nr. 2, Volksvereins-Verlag G. m. b. H., M.-Gladbach.

ganz besonders unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht der einzelne, unorganisierte Verbraucher, sondern der im Zusammen-

nur dann, wenn die Verbraucher sich vereinigen zur Konsumgenossenschaft, um sich so eine eigene, eine soziale Gemeinschaftswirtschaft aufzubauen. Die Konsumgenossenschaften sammeln daher zunächst die Verbraucher, um eine wirtschaftliche Organisation zu bilden. Sie wollen aber nicht nur Organisation, sondern Bewegung sein. Über den Verbraucher wollen sie den Verbrauch organisieren, um so allmählich zur bedarfsgerichteten Wirtschaft zu kommen.

Sie wollen für den Verbraucher Einfluß in der Wirtschaft, Einfluß auf die Preisgestaltung im Warenhandel und bei der Warenherstellung. Das Einkommen soll kaufkräftiger gestaltet werden. Die Kaufkraft der Mitglieder dient dann gleichzeitig — dadurch, das jedes Mitglied seinen Bedarf in seiner Genossenschaft eindeckt — wieder der Stärkung und dem Ausbau der eigenen Organisation. Mit Hilfe dieser Organisation soll die kapitalistische Wirtschaft, der kapitalistische Geist überwunden werden.

Wer dieses Ziel erreichen will, darf nicht nur Verbrauch und Kaufkraft organisieren, sondern muß auch die Sparkraft der Verbraucher erfassen. Darin ist schon bedeutendes geleistet worden. Wenn die im Reichsverband deutscher Konsumvereine, Sitz Köln,

vereinigten Konsumgenossenschaften, die ihnen von den Mitgliedern anvertrauten Spareinlagen von RM 3 034 073,— im Jahre 1924 auf RM 40 140 822,— im Jahre 1930 erhöhen konnten, so ist das ein erfreuliches Zeichen. Diese rund 40 Millionen arbeiten jetzt in der eigenen Wirtschaft, im Dienste der Verbraucher. Was nützen dem Gewerkschaftler seine Kämpfe gegen den Kapitalismus, wenn seine Spargelder in irgendeiner privaten oder kommunalen Sparkasse oder in einer privaten Bank angelegt, der kapitalistischen Wirtschaft wieder zufließen, um dort gegen ihn zu arbeiten.

Wenn der Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit gesichert und dauernd sein soll, dann muß die Arbeit von der Gewerkschaft zur Konsumgenossenschaft überleiten. Beide müssen sich gegenseitig ergänzen und den Gedanken des Zusammenschlusses von Spar- und Kaufkraft bei ihren Mitgliedern wecken und lebendig halten.

Spar- und Kaufkraft gehören zusammen, um Mitbesitz und Mitbestimmung zu schaffen. Mitbesitz ist unbedingt notwendig, um die Standwerdung zu fördern. Standwerdung, Gleichberechtigung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wollen wir alle.

Fritz Cippis, Düsseldorf.

„Dienst am Kunden.“

Drei inhaltsreiche Worte, so oberflächlich sie auch von manchen Menschen gelesen werden mögen. Wer tagtäglich die Zeitungsinserate überfliegt oder einen Blick auf die großen Reklameplakate an den Sitzsäulen wirft, wird immer wieder die drei Worte „Dienst am Kunden“ lesen können.

Welche Bedeutung hat es nun mit diesen drei Wörtern? Jeder Kaufmann, jeder Geschäftsinhaber gleich welcher Art, jedes kapitalistische Waren- oder Kaufhaus übt „Dienst am Kunden“, wie man von sich selbst sagt. Sie errichten große Verkaufspaläste. Ladenlokale werden mit glänzenden Einrichtungen ausgestattet. Sie führen höfliche Verkaufsgespräche und schicken dir die Ware ins Haus. Es wird und soll aber auch dem Kunden, dem Verbraucher,

klargemacht werden, daß ein Zusammenschluß in einer Genossenschaft überflüssig ist. Der Kunde soll glauben, daß sein Verbraucherinteresse durch den Handel in einer vorbildlichen Weise wahrgenommen wird. Der Händler tue alles für seine Kunden. Sein ganzes Tun und Lassen gelte seiner Kundschaft. Daß er zunächst durch den Handel, durch sein Geschäft, für sich eine Existenz aufbauen, und eine Dividende für sein Geschäftskapital verdienen will, hörst du selten. Nur, wenn die verhassten Konsumgenossenschaften ihm starke Konkurrenz machen, dann redet man von dem „Ruin des Mittelstandes“.

Mit dieser Art „Dienst am Kunden“ ist aber doch dem Kunden noch lange nicht genug gedient. In unseren Konsumgenossenschaften

Bekenntnis.

Ein genossenschaftlich-nationales Manifest von M i c h e l B e c k e r.

Wir bauen am Reiche,
wir schmieden am Volke,
wir bannen die Brüder
und holen die Schwestern
zu heiligem Bunde,
dem Herzblut die Saat
vor Zeiten geworfen,
dem Opfer die Ernte
sei jeher geschnitten;
wir wollen das Reich,
das Volk aus der Seele,
das Bündnis der Liebe,
die Einheit der Kraft
der willig Verbund'nen,
der freudigen Diener
und ständigen Mehrer!
So formen wir:
R e i c h !

Urväter schon im alten Wälderland
bekannten sich in diesem Geist zum Bunde
und zwangen mächtig mit vereinter Hand,
die Ernte aus dem Schoß der harten Stunde.

Es half der Hof dem Hof und jeder allen,
es mühten alle sich mit Lust um einen,
und mochten dunklen Schicksals Würfel fallen,
nur so geeint, gelang es: Volk zu einen!

Die Zeit schritt hin, aus Höfen wuchsen Städte,
durchpulst vom frohen Geist der Zünfte, Gilden,
und emsig sah man Bürger um die Wette
das große Reich, das heilige sich bilden.

Dann, über zierlich Giebelwerk der Straßen
Und Meisterlang und emsig-schlichtes Tun,
brach eine Zeit herauf mit neuen Massen,
gesteilter Schrote Schrei will nicht mehr ruhn.

Der Werkmann schritt empor aus fremden Tiefen,
er sah das Volk zerrissen und zerspalten
von Widersprüchen, die ihn mächtig riefen,
aufs neue Volk und Deutschland zu gestalten.

So kommen wir, von Vätern her Genossen,
gewillt zum Ganzen, über der Parteitung,
so sind wir groß zum Brudertum entschlossen,
wir standen auf als Feinde der Entzweiung!

Die Not zog ein,
blutroten Schein,
verströmt der Haß.
Komm, Bruder, faß
hier unsre Hand;
es muß das Land
gerettet werden!
Zwingt Volk empor!
Bannt Krämergeist,
der klein sich weist;
nicht Geldgewinn
ist Reiches Sinn,
uns macht nur groß
ein größer Los!

Nie wird ein Volk sich volle Trauben
vom reifen Hang der Zeiten pflücken,
indem die Menschen sich berauben,
um Auzen Volkes Herz zerstückten.

Nie darf ein Volk von Sitte sprechen,
wenn alle nicht zum Dienst gewillt,
nie wird es reife Garben brechen,
wenn jeder nur die Eier sich stillt.

Wenn einer schwelgt und andre darben,
wenn Geld die Grenzen überspringt,
und Kinder hier vor Hungers starben,
das ist ein Zeichen: Reich verjinkt!

Ihr sagt: Nation! Was gilt sie euch,
wenn ihr sie mit Geschäft zerschlagt?

hörst du nichts von dem Dienst am Kunden. Statt dessen heißt es: „Selbsthilfe der Verbraucher“. Nun wollen wir einmal versuchen, den Unterschied zwischen dem „Dienst am Kunden“ und der „Selbsthilfe der Verbraucher“ festzustellen.

Der Händler wird dir seine Ware als Qualitätsgut bezeichnen und als außerordentlich preiswert empfehlen. Er wird dir vielleicht sagen, daß du nirgends billiger kaufen kannst. Erzählen wird er dir in der Unterhaltung, daß er nur von ersten Firmen seine Ware bezieht. Nun versuche aber einmal selbst Dienst am Kunden, d. h. an dir selbst, wahrzunehmen. Versuche einmal von dem Händler für deinen Bedarf an täglichen Verbrauchsgütern unter Angabe des Wochenbedarfs, meinetwegen für 2 Pfd. Mehl, 1 Pfd. Kaffee, 1 Pfd. Margarine oder Butter oder Schmalz, Malzkaffee, Erbsen, Bohnen, eine Preisofferte zu bekommen und sage ihm, daß du auch von der Konkurrenz Preise einziehen willst, um festzustellen, wer der Billigste sei. Frage einmal den Händler, wie seine Einkaufspreise sind. Höre einmal, wieviel Unkosten er hat, und was an Verdienst bei den einzelnen Artikeln für ihn übrig bleibt. Wenn er das alles sagt, überlege mit ihm, ob die Ware, die du zu kaufen gedenkst, nicht etwas im Preis gesenkt werden könne, denn du bist doch als Verbraucher der Käufer und Geldgeber. Du müßtest doch den größten Einfluß auf die Preisgestaltung ausüben. Glaubst du, daß es möglich wäre, für deinen kleinen Wochenbedarf von drei oder vier Händlern ein Preisangebot zu bekommen, bevor du deinen Auftrag vergibst? Würdest du es für möglich halten, mit den Einzelhändlern oder den Warenhausinhabern über die vorhin angeschnittene Frage in deinem Interesse zu verhandeln? Die Gewerkschaften haben im vorigen Herbst zur Bildung von Verbraucher-ausschüssen aufgerufen. Es sind auch, wie bekannt, im Lande eine ganze Reihe gebildet worden. Ob sie das Entgegenkommen vom Handel erfuhren, worüber wir schreiben, ist sehr fraglich. Nun sprechen wir nur vom Händler, der letzten Etappe vor dem Verbraucher, aber rückwärts gibt es noch andere Stellen, den Großhandel und die Produzenten. Will man sein Interesse als Verbraucher in vollem Umfange wahrnehmen, so kann man an diesen zwei sehr wichtigen Faktoren nicht achtlos vorübergehen.

Wie steht es nun mit der „Selbsthilfe der Verbraucher?“

Ihr sprecht vom Volk, ihr sprecht vom Reich,
trotzdem der Hader aus euch ragt.

Das Reich fängt erst im Bruder an,
das Volk ist erst, wenn alle wollen,
daß selbst der letzte schlechte Mann,
auch leben kann, wie Menschen sollen.

Und wir? Wir sind schon längst verbunden,
wir wissen längst: nur Bund von allen,
den nicht der Eigennuß erfunden,
läßt Volk empor und lichtwärts wallen.

Uns ging das Ich schon über in das Wir,
wir sagen Du, und handeln auch danach,
wir stellen Liebe über Haß und Gier,
neu formt sich Reich, das gestern fast zerbrach!

Wir bauen am Reiche,
wir achten die Fremden,
wenn sie sich entschließen,
uns selber zu achten,
wenn sie sich uns einen
im heiligen Willen:
die Reiche zu lassen,
wie Gott sie geschaffen,
die Völker zu binden
zur großen Gemeinschaft
der strahlenden
M e n s c h e i t !

Wir bringen den Frieden
dem eigenen Lande,
indem wir die Freundschaft
mit anderen halten.
Wir säen die Liebe!
Die Ernte ist:
D o l k !
Die Frucht ist die:
M e n s c h e i t !
Den Segen schenkt:
G o t t !

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 4. bis 10. Oktober ist der 41. Wochenbeitrag fällig.

Umtausch vollgelebter Mitgliedsbücher.

Bis zum Jahre 1930 war es im Verbands üblich, daß die vollgelebten Mitgliedsbücher zum Umtausch am Jahresluß nach Köln eingekandt wurden. Es hat sich aber in den früheren Jahren herausgestellt, daß die bisherige Praxis nicht beibehalten werden kann, weil sich dann am Jahresluß die zum Umtausch eingesendeten Mitgliedsbücher derart häufen, daß eine schnelle Erledigung unmöglich ist. Um diesen Zustand zu ändern, sollen nunmehr schon von September an die Mitgliedsbücher, die am Jahresluß 1931 voll sind, nach Köln zum Umtausch eingekandt werden. Die Einsendung soll von den Zahlstellen der einzelnen Gaue in den nachstehend angegebenen Zeiträumen geschehen:

Gau Stuttgart: vom 1. Oktober bis 15. Oktober,

Gau Frankfurt: vom 15. Oktober bis 31. Oktober,

Gau Düsseldorf: vom 1. November bis 15. November,

Gau Bochum: vom 15. November bis 30. November,

Gau Hannover und Bremen: vom 1. Dezember bis 15. Dezember,

Gau Berlin und Sachsen: vom 15. Dezember bis 31. Dezember,

Gau Danzig und Breslau: vom 1. Januar 1932 bis 15. Januar 1932.

Für die Gaue München und Nürnberg waren die Endfristen auf den 15. bzw. 30. September festgesetzt.

Zahlstellenverwaltungen und Mitglieder werden dringend gebeten, dafür zu sorgen, daß die festgesetzten Termine eingehalten werden.

In seiner Genossenschaft hat der Arbeiter als Mitglied eine Gleichberechtigung. Jedes Mitglied hat dieselben Rechte und Pflichten. Durch seine Mitgliedschaft ist er Teilhaber an der Genossenschaft. In der Generalversammlung hat er volles Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht. Der von ihm gewählte Vorstand hat in seinem Interesse zu wirken und sein Verbraucherinteresse wahrzunehmen. Der Vorstand holt für die gesamten Mitglieder die Warenpreise für die täglichen Bedarfsgüter ein. Das, was den einzelnen versagt bleibt, wird hier von der zusammengeschlossenen Verbraucherschaft erledigt und durchgeführt. Der Aufsichtsrat, der auch von ihm gewählt wird, überwacht die Geschäfte des Vorstandes. Er hat das Recht und die Pflicht, sich über alle geschäftlichen Vorfälle zu informieren. Der Vorstand und Aufsichtsrat haben über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten. Die Jahresbilanz wird den Mitgliedern vorgelegt. Sie sehen selbst, was in dem Geschäftsjahr erübrigt ist. Der Überschuß wird den Mitgliedern, je nach ihrer Warenentnahme entsprechend, zurückvergütet. Die Genossenschaft holt ihre Preisofferte von ihrer Großeinkaufszentrale (Gepag) ein. Sie ist an der Gepag beteiligt, also Mitbesitzerin dieses Unternehmens. Die Gepag hat dieselbe Aufgabe im großen für ihre angeschlossenen Genossenschaften, als die Genossenschaften für ihre Mitglieder. Die Gepag kontrolliert die Großhandelspreise. Sie überwacht den Markt. Ist sie in der Lage, Fabriken zu errichten und selbst Ware zu produzieren, so kontrolliert sie auch die Kosten der Produktion. Sie macht die teuren, an Kartellpreise gebundenen Markenartikel überflüssig. Die Genossenschaft, als Beteiligte bei der Gepag, wird durch Vorstand und Aufsichtsrat über alles auf dem laufenden gehalten.

Besucht in Köln die Schreiner-Fach-Ausstellung

im Kolpinghaus vom 11. bis 18. Okt.

Geöffnet von 10 bis 20 Uhr

Es gibt im Leben einen Grundsatz von großer Bedeutung, der heißt: „Nur das Vermögen vermag etwas in der Wirtschaft“. Aber wie soll der einzelne, der nicht in der Lage ist, zu einem Vermögen zu kommen, nun etwas in der Wirtschaft wollen? Auch mit seinem geringen Sparguthaben vermag er als einzelner nichts. Ist er aber mit seinesgleichen, mit seinen Standes- und Leidensgenossen zusammengeslossen, so wird das Verhältnis schon anders. Was er allein nicht vermag, ist ihm vereint mit seinesgleichen möglich. Er kann sich kollektiven Mitbesitz durch die Genossenschaft beschaffen. Diese vermag mit diesem Kollektivbesitz auch etwas in der Wirtschaft zu erreichen. Lieber Freund, nun urteile selbst, wer wirklich Dienst am Kunden, am Verbraucher, treibt, wie wir ihn auffassen sollen.

Fr. Schm.

Rundschau.

Besteuerung der Bausparkeinlagen. An der Entwicklung der Bausparkassen ist nicht nur das Baugewerbe, sondern unsere gesamte Wirtschaft interessiert. Sie stellen billige Baugelder zur Verfügung für den Bau von Eigenheimen und die Ablösung teurer Hypotheken. Das ist von volkswirtschaftlichem Vorteil, auch die Spartätigkeit an sich ist volkswirtschaftlich von Nutzen, deshalb sollte man sie mit allen Mitteln fördern. Jetzt hat aber eine findige Finanzbehörde festgestellt, daß man die Einlagen bei Bausparkassen versteuern könnte, und sie hat die Einlagen für steuerpflichtig erklärt. Dagegen wurde Einspruch erhoben und auch Berufung beim Finanzgericht sowie Rechtsbeschwerde beim Reichsfinanzhof eingelegt, aber alle Beschwerden und Berufungen wurden abgelehnt. Man begründet es damit, die Bausparverträge seien als Kapitalansammlungsverträge anzusehen und müßten versteuert werden. Jede Spartätigkeit, ob bei der Sparkasse oder zu Hause im Strumpf, ist doch eine Kapitalansammlung und müßte somit versteuert werden. Bausparfachverständige erklären deshalb auch diese Entscheidung für falsch. Trotz dem will jetzt der Reichsfinanzminister alle Sparbeträge bei den kollektiven Bausparkassen bei der Einzahlung mit 2 Prozent einmalig besteuern. Das bedeutet eine Schädigung nicht nur der Bausparer, sondern der Bausparkassen allgemein. Wie segensreich diese wirken können, gerade jetzt, wo uns das Geld für den Wohnungsbau fehlt, zeigt die älteste und größte deutsche Bausparkasse, Gemeinshaft der Freunde Wüstenrot in Ludwigsburg, mit der bekanntlich auch die Christlichen Gewerkschaften, konfessionelle Arbeitervereine und andere bedeutame Organisationen einen Freundschaftsvertrag geschlossen haben. Diese hat innerhalb 6½ Jahren rund 12 000 Eigenheime mit 176,7 Millionen Reichsmark finanziert. Die genannte Bausparkasse hat zwar erreicht, wenigstens die rückwirkende Anwendung der Steuerpflicht abzuwenden, aber ab 1. Oktober ds. Js. sollen alle eingehenden Bausparbeträge versteuert werden. Es wäre zu wünschen, daß diese Maßnahme noch einmal einer Revision unterzogen wird, weil sie sicher mehr Schaden als Nutzen bringt. Man sollte den Sparwillen mit derartigen Maßnahmen nicht totschlagen.

T.

Eine interessante Schulstatistik. Auf der pädagogischen Ausstellung in Frankfurt, die der Frankfurter Lehrerverein veranstaltete, wurde eine sehr interessante Schautafel gezeigt. Danach besuchen von den 59 766 Kindern, die in Frankfurt in die Schule gehen, 42 143, das sind 70,4 v. H., die öffentlichen Volksschulen einschließlich der Grundschule, 372 = 0,6 v. H. besuchen Vorschulen, 1227 = 2 v. H. private Volksschulen, 4681 = 8 v. H. mittlere Schulen, 9180 = 15,4 v. H. öffentliche höhere Schulen und 2163 = 3,6 v. H. private höhere Schulen. Von den 59 766 Schülern sind 31 035 Knaben und 28 731 Mädchen, also von 100 Schülern 52 Knaben und 48 Mädchen. Es kommen demnach auf je 12 Knaben 11 Mädchen. Die 59 766 Schulkinder werden von 2400 Lehrkräften unterrichtet, und zwar von 1530 Lehrern und 870 Lehrerinnen. Im Jahre 1931 beträgt der jährliche Zuschuß für einen Volksschüler 170 RM (59 v. H. gegenüber 1913), für einen Mittelschüler 365 RM (179 v. H. gegenüber 1913), für einen Schüler der höheren Schule 439 RM (63 v. H. gegenüber 1913).

Von 100 Grundschulern sind noch 45 auf der Oberstufe der Volksschule, rund 50 v. H. treten in weiterführende Schulen über. Im vierten Schuljahr (vor dem Übergang in weiterführende Schulen) waren von den Vätern von 100 Volksschülern: 19 Beamte, 1 Großunternehmer, 18 Kleinunternehmer, 9 Angestellte, 4 freie Berufe, 29 Arbeiter und 20 Arbeitslose, im 5. Schuljahr (nach dem Übergang): 6 Beamte, 0 Großunternehmer, 8 Kleinunternehmer, 5 Angestellte, 2 freie Berufe, 51 Arbeiter, 28 Arbeitslose. Es sind also im

4. Schuljahr nur 20 v. H. Arbeiterkinder, im 5. Schuljahre dagegen machen die Arbeiterkinder 51 v. H. aus. In der Mittelschule sind 14,6 v. H. Arbeiterkinder, in der höheren Schule 7,1 v. H. Die Angestellten schicken 5 Kinder zur Volksschule, 26,3 in die Mittelschule und fast ebenso viele in die höhere Schule. Bei den Beamten ist das Verhältnis: 6 zu 23,7 zu 34.

Die Frankfurter Schulen sind vorwiegend Simultanfächer. In den 60 Simultanfächern mit 857 Klassen sind 29 573 Schüler, in den 22 evangelischen Schulen mit 233 Klassen sind 8395 Schüler und in den 10 katholischen Schulen mit 111 Klassen sind 4175 Schüler.

Rationalisierung und Altersgrenze. Während bei den Rationalisierungsbestrebungen in Deutschland die Tendenz beobachtet werden kann, daß Leute, die eine gewisse Altersgrenze überschreiten, abgebaut werden, vertreten die maßgebenden Großbetriebe der Vereinigten Staaten die Auffassung, daß nicht das Alter, sondern die Arbeitsfähigkeit entscheidend sein müsse. Aus den in Großbetrieben mit außerordentlicher Sorgfalt geführten Statistiken ergibt sich, daß nicht jede Altersklasse für jede Arbeit gleich gut geeignet ist. Wo es auf die Hurtigkeit bei einer zu leistenden Arbeit ankommt, werden in erster Linie jüngere Kräfte berücksichtigt, während zu Präzisionsarbeiten ältere Leute bevorzugt werden. Auch Arbeiten, die eine gewisse Ausdauer verlangen, werden in der Regel am besten von Leuten über vierzig Jahren erledigt. In seinem neuen Buche „Und trotzdem vorwärts!“, das im Paul-List-Verlag in Leipzig erschienen ist, beschäftigt sich der amerikanische Industrielle Henry Ford auch mit dem Problem des Alters und er kommt zu dem Schluß:

„Eine Industrie bietet heute Aufgaben, die sich genau nach den in einem Gemeinwesen vorhandenen Stufen des Alters, der Begabung und der Erfahrung gliedern lassen. Eine Industrie kann und soll daher in ihrer Arbeitsliste einen Querschnitt durch ein Gemeinwesen widerspiegeln.“

Interessant und aufschlußreich ist dazu eine Übersicht über die Altersverteilung der Belegschaft in der River-Rouge-Fabrik Henry Fords, die am 20. Februar 1930 insgesamt 90 731 Arbeiter beschäftigte, die sich auf folgende Altersstufen verteilten:

Don 18 bis 20 Jahren	1 233 Mann,
Don 21 bis 30 Jahren	25 213 Mann,
Don 31 bis 40 Jahren	34 585 Mann,
Don 41 bis 50 Jahren	21 764 Mann,
Don 51 bis 60 Jahren	6 600 Mann,
Don 61 bis 70 Jahren	1 257 Mann,
Don 71 bis 80 Jahren	77 Mann,
Über 80 Jahre	2 Mann.

Das dürfte etwa dem Durchschnitt der Bevölkerung entsprechen.

Staatkapitalismus als Notlösung. Carl Steuermann hat im Verlag S. Fischer in Berlin ein Buch unter dem Titel „Weltkrise—Weltwende, Kurs auf Staatkapitalismus“ veröffentlicht, worin er für eine Umstellung der Wirtschaft auf Bedarfswirtschaft plädiert. Er führt u. a. aus: „Das Privateigentum schlägt aber nicht bloß die Besitzlosen mit Unglück. Es rächt sich auch an seinen Besitzern. Würden diese bei ihrer Produktion nur daran denken, den Bedarf der Menschen zu decken, so müßten sie von vorneherein auf Profit verzichten. Das wollen sie nicht. Sie produzieren Waren, um auf dem Wege über Absatz und Kauf zu ihrem Profit zu kommen. Da bricht die Krise aus, und der Absatz stockt. Die Warenwirtschaft läßt sie im Stich. Der Kapitalismus versagt. . . Das begreifen die Proletarier, denn sie spüren es an ihrem Leibe. Das begreifen auch die Kapitalisten, denn sie spüren es an ihrem Geldbeutel. Sie erkennen, daß der Staatkapitalismus nur eine Notlösung ist. Lediglich eine Lebensverlängerung, keine Lebensrettung. Sie sehen keinen Ausweg in nationaler Selbsthilfe und Autarkie. Sie begreifen, daß auch die mächtige Koalition des Weltkapitals sie nicht vor dem schließlichen Untergang retten kann. Denn auch diese Weltmacht ist nicht imstande, das Absatzproblem zu lösen. Kein Rückwärts und kein Seitwärts hilft. Nur ein Vorwärts. Es hilft lediglich eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftsstruktur. Nur der Übergang von der Waren-, Kauf- und Geldwirtschaft zur Bedarfswirtschaft. Denn einzig die Bedarfswirtschaft vermag den Standard der Produktion wieder zu heben, weil sie die Produktion nicht mehr an Marktkonjunktur und Kaufkraft, sondern an Bedarf mißt.“

Paradoxes Pensionsrecht. Bekanntlich haben Beamte ein gesetzlich gewährleistetes Recht auf Versorgung. Ebenso bekannt ist, daß diese Versorgungsansprüche viel großzügiger und weitherziger erfüllt werden, als das beispielsweise bei Ansprüchen der Arbeitnehmer

an die Sozialversicherung geschieht. Weil des Guten nach der Meinung vieler Leute auf dem Gebiet doch zu viel getan wird, will die Kritik nicht verstummen. Daß sie berechtigt ist, beweist folgender Fall, den kürzlich eine Düsseldorf'er Tageszeitung meldete:

„Der Bürgermeister von Elsen bezieht außer einer Pension von 8000 RM ein Unterschiedsgehalt von jährlich 4000 RM, so daß er insgesamt 12 000 RM erhält, also ungefähr die gleiche Summe, wie sie dem Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal nach seinem Verzicht ausbezahlt wird. Da der betreffende Bürgermeister erst 55 Jahre alt ist, muß ihm auf Grund der zurzeit noch bürokratisch gehandhabten Paragraphen von den „wohlerworbenen Rechten“ das Unterschiedsgehalt noch zehn Jahre lang ausbezahlt werden. Der Bürgermeister von Liedberg, einem Amt von 1350 Einwohnern, erhält 7700 RM Pension und 1500 RM Unterschiedsgehalt, also zusammen 9200 RM. Ein Kuriosum stellt der Fall des Bürgermeisters von Jüchen dar. Dieser Bürgermeister verwaltete im Jahre 1919 die Ämter Jüchen und Kelzenberg in Personalunion. Dann machte er in Kelzenberg einem seiner Sekretäre Platz, der dort Bürgermeister wurde. Um diesen Wechsel zu ermöglichen, mußte der bisherige Bürgermeister krank geschrieben werden. Dies geschah auch. So wurde dann der Bürgermeister von Jüchen für Kelzenberg „krankheitshalber“ pensioniert und erhielt neben einem Bürgermeistersgehalt von 10 504 RM noch 2000 RM Pension von Kelzenberg. Für Jüchen galt er als gesund, d. h. er versah hier seinen Dienst weiter. Nach der Amtszusammenlegung schied er aus dem Amte; er erhält nunmehr außer einer Pension von 8000 RM ein Unterschiedsgehalt von 2750 RM und eine weitere Pension als ehemaliger Bürgermeister von Kelzenberg in Höhe von 2000 RM, also insgesamt 12 750 RM. Auch der Bürgermeister von Kelzenberg wurde bereits im Alter von 40 Jahren zur „Ruhe“ gesetzt. Er erhält an Pension 6457 RM und an Unterschiedsgehalt 3947 RM, also insgesamt über 10 000 RM. Da das Unterschiedsgehalt ihm bis zum 65. Lebensjahre zu zahlen wäre, müßte das rein ländliche Amt von 1600 Einwohnern für seinen Bürgermeister, der keinerlei Arbeit mehr leistet, in dieser Zeit ohne Zinsberechnung 100 000 RM aufbringen.

Diese Regelung, die augenblicklich noch zu Recht besteht, und die durch die Abzüge der Notverordnung nur ganz geringe Änderungen erfuhr, hat auch noch eine andere groteske Seite. Denn die „Pensionäre“ werden nunmehr besser bezahlt als die noch im Dienst befindlichen Bürgermeister, die für ihr altes Gehalt zwei oder drei Ämter, oder diejenigen Verwaltungsbezirke mitverwalten müssen, die ihre „arbeitslosen“ Kollegen früher innehatten.

Kommen so amtliche Statistiken zustande? Kürzlich wurde im „Der Deutsche“ darüber Klage geführt, daß das Statistische Reichsamt auf Drängen der Arbeitgeber aus der Textilindustrie der Wahrheit so wenig gerecht geworden ist, daß auch die gelernten und tüchtigsten Textilarbeiter nicht mehr als gelernte Facharbeiter aufgeführt werden. Hier hat das Reichsamt der lohnpolitischen Taktik der Arbeitgeber, ob bewußt oder unbewußt, das bleibe dahingestellt, einen Spezialdienst auf Kosten der Arbeitnehmer erwiesen.

Dieser unerhörte Vorgang wird, wenn die uns aus zuverlässigster Quelle gemachte Mitteilung zutreffend ist, noch überboten. Gegen-

wärtig stehen die Bergarbeiter an der Ruhr im Kampf um die Erhaltung ihres Lohnes. Die Arbeitgeber wollen den Bergarbeiterlohn um 12 Prozent senken. Die Arbeitgeber aber gebärden sich so, als ob der Ruhrbergbau längst bankrott sei. Daß dieses nicht der Fall ist, wurde noch kürzlich mit genauem authentischen Material bewiesen. Der Monat Juni brachte den Arbeitgebern noch einen Durchschnittsgewinn je Tonne von 3,56 RM. Wohlgedemerk, ohne Abschreibungen. Diese Feststellungen decken sich durchaus mit den Ausführungen eines angesehenen Industriellen aus der Chemie, der auch im Aufsichtsrat von bergmännischen Unternehmungen sitzt, und der infolgedessen gut informiert ist. Dieser Industrielle berichtete, daß die gesamte Kohlenindustrie Erlöse hätte, die ihr nicht nur gestatteten, verhältnismäßig gute Erträge auf das investierte Kapital auszusüßten, entsprechende Abschreibungen zu machen usw., sondern auch aus diesen Erträgen ganz gewaltige Neuinvestitionen zu machen, ihre Betriebe zu mechanisieren und damit an Arbeitslohn zu sparen und die Produkte zu verbilligen, Neuanlagen zu errichten, ja Kapitalfehlleitungen zu bewirken, wie z. B. in Errichtung neuer Stickstoffanlagen, und das alles lediglich durch Aufnahme vorübergehender Kredite, die fast reiflos zurückgezahlt sind, nicht aber durch Kapitalerhöhungen.“ Auf Grund dieser Situation hielt der Industrielle es für möglich und notwendig, den Kohlenpreis pro Tonne um etwa RM 3,— zu senken, ohne daß der Lohn in absehbarer Zeit deshalb gekürzt zu werden brauchte. So urteilen Leute über die Leistungsfähigkeit des Bergbaues, die etwas davon verstehen und die kein Interesse daran haben, Tatsachen zu verschleiern.

Nun pläht aber das Reichswirtschaftsministerium (!) mit einem Gutachten heraus, das noch einen Verlust für die Unternehmer errechnet. Diese machen in den Verhandlungen nun von dem Gutachten kräftig Gebrauch. Auch die Reichsregierung wird damit stärkstens zu beeinflussen versucht. Diese ist natürlich am ersten geneigt, das Gutachten ernst zu nehmen. Wir haben dem Gutachten dieses Ministeriums von jeher das stärkste Mißtrauen entgegen gesetzt. Wie der vorliegende Fall beweist, mit Recht.

Mit dem Gutachten des Ministeriums sind die Bergarbeiter bzw. ihre Gewerkschaften nicht bekannt gemacht worden. In den Lohnverhandlungen und vor dem Schlichter operierten die Arbeitgeber aber mit dem Gutachten, und in ihrem Eifer, dem Gutachten Gewicht zu geben, verrieten sie, daß sie ja dem Reichswirtschaftsministerium die Zahlen geliefert hätten, an deren Richtigkeit könne infolgedessen gar nicht gezweifelt werden.

Da hört doch die Gemütlichkeit auf. Die Öffentlichkeit glaubt an ein neutrales, unparteiisches Urteil, in Wahrheit aber haben die Arbeitgeber das Material zu dem amtlichen Gutachten geliefert, und ist dasselbe ohne die Mitwirkung oder Äußerung der Arbeitnehmer fertiggestellt worden. Wir dürfen wohl erwarten, daß eine Regierung, unter Führung von Dr. Brüning und unter hervorragender Mitwirkung von Dr. Stegerwald, diesen Fall zum Gegenstand eingehendster Untersuchung macht, und das „amtliche“ Gutachten vorerst so wertet, wie es nach der obigen Darstellung gewertet werden muß. Wfd.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Tätigkeit der Arbeitsgerichtsbehörden im Jahre 1930.

Zum drittenmal — jetzt für das Jahr 1930 — hat das Statistische Reichsamt die Zahlen über die Arbeitsgerichtsbarkeit zusammengestellt. Die Zahl der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte ist von 527 und 80 im Jahre 1929 auf 462 und 64 im Jahre 1930 zurückgegangen, weil Bayern 65 Arbeitsgerichte und 16 Landesarbeitsgerichte aufgehoben hat. Noch im Jahre 1929 hatten 100 Arbeitsgerichte (19 Prozent) nur 1 bis 50 Sachen jährlich zu erledigen, während die Zahl der so gering beschäftigten Arbeitsgerichte nunmehr auf 29 (6,3 Prozent) gesunken ist. So sehr durch kleine Gerichtsbezirke dem rechtsuchenden Publikum der Gang zum Gericht erleichtert wird, joviell größer waren andererseits die Gefahren, welche sich für die Arbeitsrechtsprechung aus der Tätigkeit der ganz kleinen Arbeitsgerichte ergaben, die sich nicht die nötigen arbeitsrechtlichen Erfahrungen erwerben konnten.

Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsgerichten im Urteilsverfahren anhängig gemachten Streitigkeiten hat sich nur wenig geändert. Sie beläuft sich auf 438 449 (im Vorjahr 427 604). Die Arbeiterstreitigkeiten sind von 277 640 auf 277 022, also um 0,2 Prozent, und die Handwerksstreitigkeiten von 40 084 auf 37 875, also um 5,5 Prozent, gesunken, während die Angestelltenstreitigkeiten von 109 880 auf 123 552, also um 12,4 Prozent, gestiegen sind. Ganz allgemein ist

natürlich eine erhebliche Zunahme der Entlassungsstreitigkeiten zu beobachten.

Auch diesmal zeigt sich wieder die große Rolle der Vergleiche (93 826 im Güteverfahren, 50 045 im streitigen Verfahren). Nicht weniger als 36 Prozent aller Streitigkeiten sind also auf gütliche Weise erledigt worden. Diese Tatsache ist grundsätzlich zu begrüßen, und liegt im Sinne des Arbeitsgerichtsgesetzes. Leider muß man aber immer noch die Befürchtung hegen, daß nicht selten der Vergleich als bequemste Art der Erledigung auch in ungeeigneten Fällen herbeigeführt worden ist. Die große Zahl der 44 161 Versäumnisurteile (11,1 Prozent) läßt den Schluß zu, daß sich der beklagte Arbeitgeber in vielen Fällen überhaupt nicht beim Arbeitsgericht zeigte, weil er seine Rechtslage für aussichtslos gehalten hat. Es ist bedauerlich, daß in diesen Fällen durch die Hartnäckigkeit des Beklagten überhaupt erst eine Klage notwendig wurde. Umgekehrt ist es bedenklich, wenn wir auch im Jahre 1930 wieder 89 913 (22,5 Prozent) Klagerücknahmen zählen müssen. Es ist zuzugeben, daß in sehr vielen Fällen die Klage zurückgenommen wird, weil außergerichtliche Vergleichsverhandlungen zum Erfolg geführt haben. Es ist aber andererseits zu vermuten, daß zahlreiche unüberlegte Klagen eingereicht worden sind, deren Aussichtslosigkeit bald offenbar wurde, und die man daher wieder zurückzog. Diese Erscheinung wird

allen rechtlichenden Parteien eine Lehre sein müssen. Leider hat sich die Dauer des Verfahrens gegenüber 1929 wiederum etwas verlängert, nachdem schon bei einem Vergleich zwischen 1928 und 1929 ähnliches zu beobachten war. 3,8 Prozent der durch streitiges Endurteil erledigten Verfahren dauerten weniger als eine Woche, 16,9 Prozent ein bis zwei Wochen, 37,6 Prozent zwei Wochen bis ein Monat, 32,7 Prozent ein bis drei Monate und 9 Prozent mehr als drei Monate. Wir haben hierbei auch in diesem Jahre nicht nur die Verlangsamung des Verfahrens, sondern vor allen Dingen die Tatsache zu bemängeln, daß diese Zahlen überhaupt nicht geeignet sind, einen erschöpfenden Überblick über die Dauer der Arbeitsgerichtsprozesse zu geben. Die genannten Zahlen beziehen sich nämlich nur auf die Prozesse, die durch streitiges Endurteil erledigt sind, und das sind nur 75 122 = 18,8 Prozent aller Streitigkeiten des arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahrens. Sämtliche übrigen Streitigkeiten, welche durch Vergleich, Verzicht, Anerkenntnis, Klagezurücknahme, Versäumnisurteile oder auf andere Weise ihr Ende gefunden haben, mit anderen Worten, also 82,2 Prozent aller Streitigkeiten im Urteilsverfahren, werden von den genannten Angaben über die Verfahrensdauer überhaupt nicht erfaßt. Die Zahlen beziehen sich zudem nur auf das Verfahren vor den Arbeitsgerichten. Sie müssen ergänzt werden durch die Angaben über die Dauer des Verfahrens in der zweiten und dritten Instanz. Über die 20 042 Berufungen (19,7 Proz. mehr als 1929) wurde in 8775 Fällen (d. h. bei 52,1 Prozent aller Berufungen) durch streitiges Urteil entschieden. In diesen Fällen dauerte das Verfahren bei 50,7 Prozent der Sachen ein bis zwei Monate, bei 15 Prozent der Sachen zwei bis drei Monate und bei 15,3 Prozent mehr als drei Monate. Diese Zeiträume, die übrigens auch wieder länger sind als 1929, müssen der Dauer des Verfahrens in der ersten Instanz hinzugerechnet werden, ganz abgesehen von der weiteren Prozedurdauer, die durch eine etwaige Revision hervorgerufen wird. Aber auch bei Beachtung dieser Tatsachen ist immer noch kein zutreffendes Bild zu gewinnen, weil eben die Zahlen über die Dauer des Verfahrens sich sowohl in der ersten als auch in der zweiten Instanz immer nur auf die Fälle beziehen, die durch streitiges Urteil entschieden worden sind.

Berichte aus den Zahlstellen.

Memmingen. Ein fleißiges, emsiges Städtchen ist es, an der Westgrenze Bayerns, dort wo Wahrzeichen des goldenen Mittelalters, aber auch historische Stätten, die uns an die schrecklichen Jahre des 30jährigen Krieges erinnern, zu sehen sind. Memmingen, am Fuße des schwäbisch-bayrischen Allgäus, beherbergt Menschen, die unaufhaltsam bestrebt sind, mitzuarbeiten an dem Werke, das eine christlich nationale Arbeiterschaft begonnen hat.

„Heiligem Kampf sind wir geweiht“, des sind sich die Memminger Kollegen bewußt. In der Tat hatten sie es fertiggebracht, die Ortsgruppe Memmingen auf eine Höhe zu bringen, die kaum noch Steigerungsfähig ist.

Aufwärts — Vorwärts. So hieß die Losung. Klein, aber überzeugt von der Idee unserer Bewegung, war die Anzahl der Mitarbeiter, die die Losung richtig bewertet haben, und aller Öffentlichkeit zeigten, daß es aufwärts und vorwärts ging bei den christlichen Holzarbeitern. Ja, es nahm sogar der Gegner Notiz von unserem Wachsen und ließ den Unwillen in einem Flugblatt erkennen.

Um so mehr galt es jetzt, offen in den Kampf zu treten, und unserer Idee zum Siege zu verhelfen. Und trotz Arbeitslosigkeit, trotz des Sauwetters unserer wirtschaftlichen Lage ist es in Memmingen unaufhaltsam vorwärts gegangen.

Neue Arbeiten wurden beraten, neue Pläne gefaßt und durchdacht. Die Sorge um den jungen Nachwuchs bildete einen nicht geringen Teil des Arbeitsprogramms. Wer die Holzarbeiter kennt,

hat keine Sorge um die Zukunft. Unsere Jugendgruppe ist auf dem besten Wege, eine Kämpferschar für unsere gute Sache zu werden. Jugendführung und Jugend einerseits, und Jugendführung und Ortsverwaltung andererseits arbeiten Hand in Hand.

Immer höher wuchs die Arbeitslosigkeit, immer größer die wirtschaftliche Not und immer lauter wurde das Geschrei: die Gewerkschaften sind erledigt. Gleichsam aber als Beweis der Lebensfähigkeit stieg unsere Mitgliederzahl. Und hier ist unsere Jugend als leuchtendes Beispiel vorangegangen, den Mißmachern zeigend, welch ungeheures Vertrauen die christliche Gewerkschaftsbewegung besitzt. Die Holzarbeiter in der alten Reichsstadt ließen sich durch nichts irren machen. Gerade in dieser Zeit sollte ein Markstein in der Geschichte der Memminger Holzarbeiter gesetzt werden. Und wenn bisher keine Daten genannt wurden, so soll doch der 15. August genannt sein. Die Ortsverwaltung hatte zu einer Familienfeier geladen, in der ein selten schöner Wimpel der Jugend übergeben wurde. Es war ein Tag, der junge Herzen schneller schlagen ließ, der aber auch den alten Kämpfern ein stolzes Lächeln abzwang.

„Wann wir schreiten, Seit' an Seit“. Ich glaube, daß dieses herrliche Lied noch nie so innig und andächtig erklingen ist, wie in dieser Stunde.

Darüber ist die Feier, vorüber aber nicht die Arbeit für ein weiteres Aufwärts und Vorwärts. Treu dem Gelöbnis, welches am Schluß der Veranstaltung abgelegt wurde, arbeitet jung und alt weiter am Aufbau und Ausbau unserer Verwaltungsstelle, weiter aber auch an der Stärkung der christlich nationalen Arbeiterbewegung.

Kaver Ma n r o c k.

Literarisches.

„Der Möbelpolierer“, so nennt sich die kleine Broschüre, die von der Schreinerfachabteilung des Kath. Gesellenvereins Köln-Zentral herausgegeben worden ist. Sie bringt in interessanter Zusammenstellung kurze Abhandlungen über die verschiedensten Polierverfahren, Materialbesprechungen und eine Anzahl von Politurrezepte.

Der Wert des Werkchens liegt in der knappen, allgemeinverständlichen Darstellung des Stoffgebietes, und ist das selbe darum schon empfehlenswert. Der Preis beträgt einschließlich der Versandkosten — 60 RM, wenn der Betrag in Briefmarken der Bestellung beigelegt wird. Gerade diese Art der Bestellung ist vorteilhaft, weil andernfalls der Versand nur gegen Nachnahme erfolgen kann, und dadurch eine empfindliche Verteuerung eintritt. Bestellungen sind zu richten an die Schreinerfachabteilung des Kath. Gesellenvereins, Köln, Breite Straße 108.

Die katholische Arbeiterbewegung Westdeutschlands betitelt sich der Bericht über die Tätigkeit des Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappenvereine für die Jahre 1925 bis 1931, der dem diesjährigen Verbandstag vorgelegt wurde. Derselbe enthält hochinteressante tabellarische Übersichten über Mitgliederentwicklung, Ausbreitung, Altersaufbau, Berufszugehörigkeit und Beschäftigungsgrad der Mitglieder im Verbandsverbande überhaupt und in den einzelnen Diözesen. Einen besonders breiten Raum hat man den Bildungsbestrebungen eingeräumt. Auch verdient die Darstellung des Tätigkeitsgebietes der Arbeitersekretäre besondere Aufmerksamkeit. Zur Information über Wollen und Ziele der katholischen Arbeitervereine und über die Struktur der Vereinsmitglieder ist die Lektüre des Berichts sehr zu empfehlen.

Anzeigenpreis für die vierges. 30 Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionschluss ist Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von Mt. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.

Intarrien jeder Art

Katalog

gegen 0,50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg

Theaterstraße 711

Sprechmaschinen-Laufwerke

zum Selbsteinbau, la. Doppelschneckenfederwerk nur 11,50 Mk.

2 Seiten einer 30-cm-Platte spielend, mit allem Zubehör, noch

Tonarme, Trichter, Schalldosen und Teller in großer Auswahl sowie

Regulateur-, Tisch- und Hausuhrwerke

zum Selbsteinbau, nach Katalog, der gratis und franko versandt wird von

Robert Husberg, Neuenrade (Westfalen) Nr. 9

Original-Süddeutsche

Hobelbänke

200 cm hintere Blattlänge, kompl. mit Stahlspindeln zum Reklamepreis per Stück 74.— Mk. ab süddeutscher Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen gratis. Werkzeugkatalog gegen 30 Pfg. Briefmarken. M. E. WALTHER, Dresden 23, Rehefelder Straße 53